

deutschung der Bibel wollte: Daß man die Bibel allmählich kennen und — lieben lernt! Wer will mitgehen auf solchen Forschungsgängen durch die heilige Schrift? Der komme am Mittwoch, den 14. November abends 8 Uhr in die Schule und bringe möglichst eine Bibel mit es gibt ja auch kleine handliche Taschenausgaben.

Dresden. (Drei Millionen für eine neue Hauptfeuerwache.) Die zuständigen Behörden haben sich entschlossen, die notwendig gewordene neue Hauptfeuerwache in der Deubertstraße zu errichten. Die Baukosten werden unter Berücksichtigung aller technischen Neuerungen auf etwa drei Millionen Mark veranschlagt.

Plauen i. Vogtland. (Fabrikbrand.) Das 60 Meter lange Fabrikgebäude der Aktienfärberei Münchberg wurde durch Feuer zerstört. Den Feuerwehren gelang es, das Erdgeschloß zu erhalten. Der Schaden dürfte etwa 250 000 Mark betragen. Etwa 400 Arbeiter sind brotlos geworden, werden aber vorläufig durch die Aufräumungsarbeiten leitens der Firma beschäftigt.

Borna. (Eine neue Straße bei Borna.) Die Reichenhainer Straße, die lebhaften Kraftwagenverkehr zwischen Leipzig und Chemnitz vermittelt, hat im Orte Gesehewitz bei Borna scharfe und unübersichtliche Kurven. Um diese abzuschneiden, ist von der staatlichen Straßenbauverwaltung eine neue neun Meter breite Straße gebaut worden, die gestreckt am Dorfe Gesehewitz vorbeiführt.

Halle. (Halle gegen Leipzig.) Die Stadtverordneten von Halle haben gegen die Mitteldeutschlandpolitik Leipzigs einen Antrag angenommen, in dem es heißt: „Im September 1928 ist in Leipzig eine Denkschrift über Leipzig und Mitteldeutschland erschienen. Diese Schrift hat den Zweck, der Neugestaltung des Verwaltungsgebietes Mitteldeutschlands zugunsten Leipzigs, ohne Rücksicht auf sein geschichtliches Werden und seine inneren wirtschaftlichen Zusammenhänge die Richtung zu weisen. Wir eruchen den Magistrat, zur Wahrung der Interessen der Stadt Halle, die erforderlichen Maßnahmen sofort einzuleiten.“

Warnsdorf i. B. (Gattenmord?) Unter dem Verdacht des Gattenmordes wurden in dem allen Touristen wohlbekannten nordböhmisches Popsenstädtchen D a u b a die Gastwirtin Maria Elster und ihre Kellnerin Maria Aufschera verhaftet und dem Kreisgericht in Böhmisch-Tepla eingeliefert. Gastwirt Elster wurde am 6. November früh in der Küche mit einer klaffenden Kopfwunde tot aufgefunden. Die Wirtin führte die tödliche Verletzung auf einen Streit mit ihrem Manne zurück, in dessen Verlauf sie ihrem Partner eine schwere Glasvase an den Kopf warf, die die Todesursache gewesen sein soll. In der Bevölkerung glaubt man diesen Angaben aber nicht, sondern jagt, daß Elster von seiner Frau und der Kellnerin vorläufig erschlagen worden sei.

### Der Tarifkampf in der sächsischen Textilindustrie

Es ist durch Mitteilungen des Arbeitgeberverbandes der Textilindustrie bereits der Öffentlichkeit bekannt geworden, aus welchen Motiven heraus die Klärung des Lohntarifs für den 30. November erfolgt ist und welchen Zweck die Arbeitgeber mit dieser Maßnahme verfolgen. Es war von Anfang an betont worden, daß die Unruhe, die durch die kurzfristigen Tarifabschlüsse in die Kalkulation der Textilindustrie getragen wird, für die Unternehmen untragbar ist, weil Dispositionen für längere Sicht nicht getroffen werden können, wenn fortgesetzt mit Forderungen der Arbeiter auf Lohnhöhungen gerechnet werden muß. Dies ist der Fall, weil erfahrungsgemäß beim Ablauf von Tarifen die Arbeiter fast stets mit solchen Forderungen hervortreten sind, sofern der Termin ihnen für ihre Gewerkschaftstätigkeit geeignet erschien. Man kann es verstehen, wenn die Arbeitgeber den Zustand als unhaltbar empfanden, daß nach dem Ablauf des Tarifvertrags vom 28. September 1927 dieser jeweils nur von Monat zu Monat verlängert werden sollte. Wenn bei dem ohnehin schweren Existenzkampf, den gerade die Textilindustrie um die Absatzgebiete auf dem Inlands- und Auslandsmarkt zu führen hat, die deutschen Unternehmen trotz der höheren Löhne, die ihnen im Vergleich zu den ausländischen auferlegt sind, wettbewerbsfähig bleiben sollen, so ist das nur denkbar, wenn sie für absehbare Zeit mit stabilen Verhältnissen rechnen können.

Man sollte von der Einsicht der Arbeitnehmer erwarten, daß auch sie sich solche einleitenden klaren Gedankenengängen nicht verschließen und zu der Erkenntnis kommen müßten, daß der Arbeitsfrieden für längere Zeit gesicherter Tarifverhältnisse der allgemeinen Wirtschaftslage Verhinderung verschafft und so letzten Endes ihnen selbst wieder zugute kommt. Wenn man solche Erwägungen dem einzelnen Arbeiter vorhält, darf man auch mit ziemlicher Sicherheit auf Verständnis für die Lage rechnen. Dies umso mehr, nachdem von Arbeitgeberseite ausdrücklich nochmals erklärt worden ist, worauf es den Unternehmern ankommt, nämlich den durch Schiedsgericht vom 28. September 1927 geschlossenen Tarifvertrag bis zum 31. Dezember 1930 zu verlängern.

Angesichts dieser Situation muß es mit umso tieferem Bedauern bemerkt werden, wenn von der Gewerkschaften nahestehenden Presse in die Auseinandersetzungen dadurch Unruhe hineingetragen wird, daß man die Behauptung verbreitet, der Arbeitgeberverband habe den Lohn-tarif zum Zwecke des Lohnabbaues gekündigt. Was der „Vorwärts“ hinsichtlich einer bevorstehenden Ausbreitung des Arbeitskampfes an Vermutungen geäußert hat, kann außer Betracht gelassen werden, weil es ohne weiteres durch die tatsächliche Lage widerlegt wird. Schon der Ausdruck Lohnkampf ist, wenigstens soweit die sächsische Textilindustrie in Betracht kommt, irreführend, zum mindesten mißverständlich. Die reine Lohnfrage ist, worauf hingewiesen werden muß, in den gegenwärtigen Konflikt erst von Arbeitnehmerseite hineingetragen worden. Ganz abwegig aber und unverständlich ist es, wenn die sozialdemokratische „Volkszeitung“ für die Oberlausitz“ die Verantwortung für die „Störung der Wirtschaft“ wie sie sich ausdrückt, den Unternehmern zuschieben versucht, weil diese angeblich einen Lohnabbau planen. Die Situation wird ganz überflüssiger Weise verschärft, wenn solche Behauptungen in die Welt gesetzt werden, ehe noch überhaupt die Arbeitgeber im einzelnen das Ziel bekannt gegeben hatten, das sie mit ihrer Tarifkündigung verfolgten. Wir wollen nicht so weit gehen, derartigen Pressekommentaren die Absicht bewusster Verschärfung des Kampfes zu unterstellen, wenigstens nicht ganz so verstehen ist, wie solche Behauptungen noch veröffentlicht werden konnten, nachdem inzwischen bereits die Arbeitgeber die Gewerkschaften offiziell hatten wissen lassen, daß sie sich darauf beschränken, eine unveränderte Verlängerung des bisherigen Tarifvertrags bis 31. Dezember 1930 zu fordern. Man kann nur annehmen, daß die Behauptungen von einem geplanten Lohnabbau einer Sorge der Gewerkschaften entspringen, die sich begreiflicherweise aus deren eigener Kenntnis der wirtschaftlichen Lage der deutschen Textilindustrie ergibt. Aus dem Einblicke, den die Gewerkschaftsführer selbst in die wirtschaftliche Entwicklung haben, wissen sie, daß unsere heimische Industrie immer weitere Exportgebiete verliert und selbst auf dem Inlandsmarkt immer mehr von der ausländischen Konkurrenz bedroht wird, weil die Belastung mit Produktionskosten für die deutschen Unternehmen viel größer ist, als für die Industrie der am Wettbewerb in

leiten. Das Amerikanertum, der im Lande des Fortschritts und der unbegrenzten Möglichkeiten doch so stark wirkende Traditionalismus habe gegen das „neue“, gegen jenes Amerika gestanden, das aus dunklen Schichten immer stärker heraufdrängt und Anerkennung und Herrschaft begehrt. Die „Börserzeitung“ schreibt: Grundfänglich wird vor allem die Außenpolitik nicht geändert werden. Hoover sei wohl durch seine Vergangenheit Weltkundiger als Coolidge, aber eher noch nüchtern und unbeeinflussbarer. Man kenne seine große Wirksamkeit dem Nachkriegsdeutschland gegenüber, aber man erzähle auch, daß er nicht immer sehr freundlich über Deutschland gesprochen habe. Beides hänge mit der singulären Kriegszeit zusammen. Er werde die Vereinigten Staaten nicht in den Völkerbund führen, werde aber bei der Neuordnung der Reparationen und der übrigen Nachkriegs-probleme eine entscheidende Rolle spielen. Das „Berliner Tageblatt“ fragt, wie dieser gewaltige Sieg zu erklären sei und sagt, natürlich einfach dadurch, daß die von der republikanischen Partei vertretenen Grundzüge für die Weiterführung der Geschäfte in den bisherigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Linien von der großen Mehrheit des Volkes gebilligt worden seien. Der „Vorwärts“ sieht in der Präsidentenwahl einen Volksentscheid gegen den Alkohol. Namentlich die Frauen, die sich diesmal in besonders großen Umfange an der Wahl beteiligten, hätten ihren Einfluß geltend gemacht. Es werde noch eine Reihe von Monaten dauern, ehe sich Hoovers Aktivität in der internationalen Politik bemerkbar machen werde. Sicher sei es schon jetzt, daß der imperialistische Kurs der Vereinigten Staaten und der republikanischen Partei in den vier Jahren der Amtsperiode Hoovers mit gesteigerter Energie weiter gesteuert werde.

### Die „Hamburger Volkszeitung“ beschlagnahmt

Wie die Hamburger Polizeibehörde mitteilt, sind die Mittwochsausgaben der „Hamburger Volkszeitung“ und der „Norddeutschen Zeitung“, des Kopieblattes der ersteren wegen, beschlagnahmt worden, und zwar wegen eines Artikels „Vormarsch der proletarischen Revolution“, in welchem eine Vorbereitung zum Hochverrat erblickt wird. In dem erwähnten Artikel heißt es zum Schluß, daß der Sieg der proletarischen Revolution nur erfochten werden könne, wenn die Arbeiterklasse im Bunde mit den übrigen Werktätigen sich in eiserner, revolutionärer Einheitsfront unter Führung der K. P. D. zusammenschweife, um sich von kleinen Kämpfen, Streiks, Demonstrationen bis zum gewaltigen Massenkampf, bis zum Generalstreik und Aufstand zu erheben.

### Der Kampf in der Eisenindustrie.

Ruhe im Revier.

Bochum. Die Lage im westdeutschen Aussperrungsgebiet ist unverändert. Nach wie vor herrscht trotz der kommunistischen Propaganda Ruhe im Revier. Bisher leisten die Metallarbeiter den Befehlen ihrer Organisationen, Streikensammungen zu meiden, Folge. Am Freitag werden die Metallarbeiterverbände die ersten Unterstützungsgebeten an die Ausgesperrten auszahlen. Der Deutsche Metallarbeiterverband gibt bis zur Hälfte des Unterstützungsbetrages Gutscheine der freien Konsumgenossenschaften, auf die ein besonderer Rabatt gewährt wird, aus.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nimmt in einer Veröffentlichung zur Rechtslage in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie Stellung und erklärt u. a., rechtlich gesehen die kurze Feststellung, daß die Handlungsweise des Arbeitgeberverbandes Tarifbruch darstelle, so daß sowohl die von der Aussperrung betroffenen Gewerkschaften als auch die

erster Linie beteiligten übrigen Länder und daß dies in wesentlichem Umfange durch die Lohnhöhe bedingt ist. Es ist durchaus logisch, wenn die Gewerkschaftsführer befürchten, die Arbeitgeber könnten aus dieser Lage die Folgerung ziehen, daß die deutschen Löhne denen der Konkurrenzländer angeglichen werden müssen. Wenn die Gewerkschaften ehrlichen Kampf kämpfen, müßten sie jetzt, nachdem die Erklärung der Arbeitgeber vorliegt, anerkennen, daß diese ein Opfer bringen, wenn sie trotz der sowohl auf dem Auslands- als auf dem Inlandsmarkte immer schwieriger werdenden Lage die Löhne auf der bisherigen Höhe zu halten bereit sind, sollten auch Verständnis dafür haben, daß die Unternehmer wenigstens sicher sein wollen, auf lange Sicht hinaus, ohne Störungen durch Lohnkämpfe befürchten zu müssen, die Maßnahmen vorbereiten und durchführen zu können, wie sie die veränderte Marktlage erfordert, wenn überhaupt die Textilindustrie sich annähernd in dem Umfange halten soll, der notwendig ist, der bei ihr beschäftigten Arbeiterschaft Arbeitsgelegenheit und damit Brot zu bieten.

### Sächsischer Stenographenverband

Der Sächsische Stenographenverband hielt am Sonnabend und Sonntag unter Leitung des Vorsitzenden Regierungsrat Braune seine Herbstversammlungen in Chemnitz ab. An ihr nahmen außer 50 Vertretern der angeschlossenen 15 Unterverbände und 3 Fachgruppen auch das Ehrenmitglied des Verbandes, Regierungsrat Ahner, Dresden, und der Bundesvorsitzende Regierungsrat Dr. Blauer, Dresden, teil. Zur Frage der Schülerwertschreiben sagte die Versammlung folgende Entscheidung: Der Sächsische Stenographenverein dankt dem sächsischen Volksbildungs- und dem Wirtschaftsausschuss dafür, daß sie dem Gedanken der Schülerwertschreiben ihr lebhaftes Interesse entgegengebracht und damit den allgemein bildenden und wirtschaftlichen Wert der Kurzschrift anerkannt haben. Er überträgt die Durchführung der Wertschreiben den Gewerkschaften und bittet die Schulbehörden sowie die Lehrerschaft um freundliche Mitwirkung. An die Elternschaft richtet er das Ersuchen, auch ihrerseits die Kinder anzuhalten, sich in der Kenntnis und Anwendung der Einheitskurzschrift möglichst weitgehend zu vervollkommen.

In einer Unterrichtsleiterversammlung besprach Oberlehrer Arnold, Chemnitz, die wünschenswerte Vorbereitung für die Geschäftsteno-graphenprüfung vor der Handelskammer unter besonderer Berücksichtigung der Chemnitzer Ergebnisse. Eine angeregte Aussprache fand über system-überzeitliche Fragen statt, wobei der als Vorsitzender der Einheitskurzschrift und als stenographischer Praktiker bekannte Regierungsrat Schulze, Darmstadt, wertvolle Ausführungen machte.

Auf einer festlichen Veranstaltung des Stenographenverbandes von Chemnitz und Umgebung zeichnete der Sächsische Stenographenverband zwei um die stenographische Sache in ganz Sachsen besonders verdiente Chemnitzer Mitglieder aus, indem er Schuldirektor Schierhan die silberne und Stadtkammerrath Bähler die bronzene Höhe-Denkmünze verlieh.

Arbeiter, soweit sie Gewerkschaftsmitglieder seien, S ch a d e n e r s a h a n s p r ü c h e geltend machen könnten. Zum Schluß wird nach einer ablehnenden Stellungnahme zu den Reformvorschlägen der Unternehmer zur Schlichtungsordnung erklärt, daß das bisherige Schlichtungswesen erhalten werden müsse. — Die Begründung des Arbeitgeberverbandes zu der beim Arbeitsgericht in Duisburg eingereichten Nichtigkeitsklage liegt nunmehr vor. Der Arbeitgeberverband führt darin u. a. aus, daß die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruders keinerlei Rechtswirkungen zwischen den Parteien hervorbringe, da der für verbindlich erklärte Schiedspruch gegen zwingende Vorschriften sowohl des formellen als auch des materiellen Rechtes verstoße. — Die Gewerkschaften haben durch ihre Anwälte die Gegenklage in Essen eingereicht.

Die Konferenz der Stadtoberhäupter der Industriestädte im Bereiche der Gruppe Nordwest in Essen stellte Richtlinien über die zu gewählende Unterführung der Ausgesperrten auf. Oberbürgermeister Bracht-Essen sandte im Namen der beteiligten Gemeinden ein Telegramm an den Reichskanzler, den Reichswirtschaftsminister und den Reichsarbeitsminister, in dem die dringende Bitte ausgesprochen wird, nichts unversucht zu lassen, um eine baldige Beilegung des Konflikts herbeizuführen.

Die Lohnkämpfe im Westen wirken sich jetzt auch in der hannoverschen Industrie aus. Die Iseeder Hütte und das Peiner Walzwerk haben ihren Belegschaften gekündigt, da diese eine mehr als 25prozentige Erhöhung des Spitzenlohnes forderten.

### Das Reichsbanner zum Eisenkonflikt.

Zum zehnten Jahrestag der Republik erläßt der Vorstand des Reichsbanners einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

Wir stehen wider die Kreise, die in diesen Tagen zu einem Schläge gegen die Staatsautorität ausgeholt haben. Mit ganzem Herzen sind wir bei unseren Kameraden im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die arbeitslos gemacht wurden, weil eine Gruppe von Unternehmern die Autorität von Staat und Gesetz nicht anerkennen will. Wir fordern von der deutschen Reichsregierung, daß sie von den Herren der Schwerindustrie Achtung und Gehorsam vor den Gesetzen der Republik erzwingt.

Der Reichs-Arbeitnehmerausschuß der Deutschen Demokratischen Partei hat in seiner Sitzung vom 6. November zur Frage des Arbeitskampfes der Gruppe Nordwest der Deutschen Metallindustrie Stellung genommen. Er sieht in dem Vorgehen der Arbeitgeber einen Rechtsbruch, in dem eine schwere Erschütterung des sozialen Friedens und der Staatsautorität zu erblicken ist. Er erwartet von der Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei, daß sie sich schützend vor Staat und Recht stellt.

### Nach dem Rücktritt Poincarés.

Eine neue Regierung Poincaré.

Paris. Der Präsident der Republik hat das zurückgetretene Kabinett Poincaré mit der Führung der Geschäfte beauftragt. Am Mittwoch nachmittag haben die Verhandlungen zur Bildung eines neuen Ministeriums begonnen. In den Wandelgängen der französischen Kammer beurteilt man die Lage als vollkommen ungeklärt. Wenn man nur die Kräfteverteilung im Parlament berücksichtigt, so widerspricht nichts der Annahme, daß Doumergue auf eine neue Poincaré zur Bildung der Regierung auffordert, zumal er stets das Vertrauen der Kammer erhalten hatte. Geseht den Fall, daß Poincaré die Kabinettsbildung übernimmt, darf man sich nicht verhehlen, daß er auf ernste Schwierigkeiten stoßen wird, angesichts der von den Radikalen eingenommenen Haltung.

### Transferzuschuß

(Unser Nachdr. verb.)

W. W. Es sollte eigentlich für jeden Deutschen selbstverständlich sein, daß vor internationalen Verhandlungen nur sehr vorsichtig und mit gediegener Sachkenntnis über künftige mögliche Zugeständnisse gesprochen und geschrieben wird. Wir wissen nicht erst aus dem Munde des Herrn Poincaré, daß es unsere Reparationsgläubiger n bei den bevorstehenden Verhandlungen in erster Linie darum zu tun ist, den zu Deutschlands Sicherung im Dawesplan vorgezeichneten sogenannten „Transferzuschuß“ zu bestreiten. Der Transferzuschuß bedeutet folgendes: Die von Deutschland aus den verschiedenen Quellen (aus den Eisenbahn- und Industrie-Schuldenverreibungen, aus der Verkehrssteuer und aus den „verpfändeten Einnahmen“) angesammelten und auf einem Konto des Reparationsagenten bei der Reichsbank in Berlin stehenden Beträge dürfen nur mit ausdrücklicher Zustimmung eines Sachverständigen-Ausschusses in fremde Währung (Devisen) umgewandelt und an die empfangsberechtigten Länder abgeführt werden. Dieser Transferzuschuß muß keine Zustimmung zu der Ueberweisung verlangen, wenn er daraus Gefahren für die deutsche Währung, die deutschen Finanzen oder die deutsche Wirtschaft befürchten muß. Es stimmt, daß bisher von einem förmlichen Widerspruch des Transfer-Ausschusses gegen eine vom Generalagenten Parker Gilbert gewünschte Parüüberweisung nichts bekannt geworden ist. Das beweist aber nur, daß der Generalagent keinen Antrag auf Parüüberweisung gestellt hat, wenn er aus seiner guten Kenntnis der Verhältnisse wußte, daß eine Parüüberweisung ohne Schaden nicht möglich ist. Der Generalagent kaufte eben Devisen nur dann, wenn es möglich war, ohne eine Beunruhigung oder gar eine Katastrophe am Devisenmarkt hervorzurufen.

Wie aber würde es werden, wenn der Transferzuschuß aufgehoben würde? Nehmen wir einmal an, Deutschland würde verpflichtet, jährlich für 1500 Millionen Mark Devisen an die Alliierten zu zahlen. Ein solcher Betrag würde voraussichtlich in verschiedenen Raten zu verschiedenen Terminen fällig werden. Die Termine und die Raten wären aber vorher allgemein und genau bekannt. Dann hätten kapitalkräftige Spekulanten die Möglichkeit, kurz vor diesen Terminen einen künstlichen Devisenmangel hervorzurufen und das Reich zu zwingen, die nötigen Wäluen zu überhöhten Kursen zu kaufen. Erinnern wir uns doch, daß jetzt vor 6 Jahren jener gewaltige Sturz unserer Währung (innerhalb weniger Monate auf den zwanzigsten Teil ihres bisherigen Standes) nicht durch die Höhe der uns abgeforderten Summe (1 Milliarde Goldmark), sondern durch die Unausweichlichkeit und Termingebundenheit hervorgerufen worden ist. Nun entspricht es den Tatsachen, daß Deutschland auch unter dem Transferzuschuß der letzten 4 1/2 Jahre Pflichtüberweisungen an seine Reparations-

